

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - GESO/051(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 24.04.2024	Franckesaal	17:00 Uhr	19:20 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.03.2024
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Initiierung einer Magdeburger Pflegekonferenz DS0090/24  
BE: V/01
- 5 Anträge
  - 5.1 Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB DS0446/23/73  
SPD-Stadtratsfraktion
  - 5.1.1 Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB S0007/24  
BE: OB/02

5.2	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion GRÜNE/future!, Fraktion DIE LINKE	A0230/22
5.2.1	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion GRÜNE/future!, Fraktion DIE LINKE	A0230/22/1
5.2.2	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ Jugendhilfeausschuss	A0230/22/1/1
5.2.3	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ BE: FB 01	S0053/23
5.2.4	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ BE: FB 01	S0105/24
5.3	Digitalisierung der Sozialberichterstattung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0012/24
5.3.1	Digitalisierung der Sozialberichterstattung BE: V/02	S0172/24
5.3.2	Digitalisierung der Sozialberichterstattung SPD-Stadtratsfraktion	A0012/24/1
5.4	Trinkbrunnen-Kampagne zur EURO 2024 Fraktion GRÜNE/future!	A0016/24
5.4.1	Trinkbrunnen-Kampagne zur EURO 2024 BE: FB 02	S0152/24
5.5	Soziale Stadtentwicklung anpacken! Fraktion DIE LINKE	A0020/24
5.5.1	Soziale Stadtentwicklung anpacken! BE: Amt 61	S0100/24
5.6	Kurz- und mittelfristige Begegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Südost prüfen Fraktion DIE LINKE	A0024/24
5.6.1	Kurz- und mittelfristige Begegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Südost prüfen BE: Amt 50	S0115/24
5.7	Perspektivische Suche nach einem neuen Tierheimstandort Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0026/24
5.7.1	Perspektivische Suche nach einem neuen Tierheimstandort BE: Amt 53	S0163/24

5.8	Nachhaltige Stadtentwicklung sicherstellen – Soziale Vorhalteplanung aufstellen SPD-Stadtratsfraktion	A0030/24
5.8.1	Nachhaltige Stadtentwicklung sicherstellen – Soziale Vorhalteplanung aufstellen BE: Amt 61	S0101/24
5.9	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0053/23
5.9.1	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg BE: V/02	S0074/24
5.9.2	Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0053/23/1
5.10	Personelle Wiederbesetzung des Pflegeinformativbüros Fraktion DIE LINKE	A0066/24
5.10.1	Personelle Wiederbesetzung des Pflegeinformativbüros BE: Amt 50	S0181/24
5.11	Auf sicheren Beinen – Errichtung eines Rollator-Aktiv-Pfades SPD-Stadtratsfraktion	A0248/23
5.11.1	Auf sicheren Beinen – Errichtung eines Rollator-Aktiv-Pfades BE: V/02	S0581/23
5.12	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen SPD-Stadtratsfraktion	A0294/23
5.12.1	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen Fraktion GRÜNE/future!	A0294/23/1
5.12.2	Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen BE: Amt 50	S0071/24
6	Informationen	
6.1	Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung - Bericht zum Stand der Umsetzung BE: V/02	I0072/24
7	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Matthias Borowiak

**Mitglieder des Gremiums**

Tobias Baum

Matthias Boxhorn

Evelin Schulz

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

**Sachkundige Einwohner/innen**

Thorsten Giefers

Carlo Reifgerste

**Geschäftsführung**

Antje Thäder

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Oliver Kirchner

**Sachkundige Einwohner/innen**

Vincent Schwenke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

TOP 5.12 – A0294/23 und A0294/23/1 - Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen - Herr Giefers, sachkund. Einwohner, merkt an, dass es zu dem A0294/23 einen zweiten Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE/future! (A0294/23/1/1) gibt. Dieser aber nicht auf der heutigen Tagesordnung des Gesundheits- und Sozialausschusses enthalten ist.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, erläutert, dass der A0294/23/1/1 nicht in den Gesundheits- und Sozialausschuss überwiesen wurde. In der Beratungsfolge wurde nur der Jugendhilfeausschuss und der Verwaltungsausschuss berücksichtigt. Der A0294/23/1/1 kann im Gesundheits- und Sozialausschuss nicht abgestimmt werden.

TOP 5.7 – A0026/24 - Perspektivische Suche nach einem neuen Tierheimstandort – wird bis zur nächsten Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses auf Wunsch von Stadtrat Zander **vertagt**.

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmung: 6-0-0

Die Tagesordnung wird in geänderter Form bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.03.2024

Die Niederschrift vom 20.03.2024 wird in unveränderter Form bestätigt.

Abstimmung: 5-0-1

4. Beschlussvorlagen4.1. Initiierung einer Magdeburger Pflegekonferenz  
Vorlage: DS0090/24

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, bringt die DS0090/24, Initiierung einer Magdeburger Pflegekonferenz, für die Verwaltung ein.

Die Strukturen des ehemaligen Netzwerkes „Gute Pflege Magdeburg“ haben sich nicht mehr getragen. Zudem ist der Netzwerkkoordinator ausgeschieden. Das Netzwerk „Gute Pflege Magdeburg“ wurde über die Zeit inaktiv und aufgelöst. Das Thema Pflege ist ein sehr wichtiges Thema und soll im Interesse aller Beteiligten aufgelebt werden. Im ersten Halbjahr 2024 findet eine Pflegekonferenz auf Grundlage der Pflegeberichterstattung der Stadt statt.

Stadtrat Borowiak stellt die DS0090/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 6-0-0

Die DS0090/24 - Initiierung einer Magdeburger Pflegekonferenz - wird empfohlen.

## 5. Anträge

---

- 5.1. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB  
Vorlage: DS0446/23/73
  - 5.1.1. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB  
Vorlage: S0007/24
- 

Herr Stadtrat Dr. Wiebe stellt den Änderungsantrag DS0446/23/73 vor.

Frau Metschang, OB´in/02, bringt die Stellungnahme S0007/24 für die Verwaltung ein. Sie erläutert, dass die Verwaltung eine verbindliche Aussage insbesondere unter gemeinnützigen und steuerrechtlichen Punkten von beiden Gesellschaften angefordert hat und dass der Antrag seitens der Verwaltung begrüßt wird. Wichtig ist, dass die steuerbegünstigte Gemeinnützigkeit der AQB nicht gefährdet wird. Zuschüsse würden verloren gehen. Weiterhin merkt Frau Metschang an, dass die Teilnehmerzahlen AQB und GISE zurückgehen und sich aus diesem Aspekt heraus eine Verschmelzung beider Gesellschaften anbieten würde. Zu den Zahlen kann das Finanzdezernat keine Aussage treffen. Zur Prüfung des möglichen Wegfalls der Gemeinnützigkeit AQB wird eine verbindliche Aussage des Finanzamtes frühestens im Sommer erwartet.

Stadtrat Dr. Wiebe sieht das Problem auch bei den Teilnehmerzahlen, hier stecken viele finanzielle Mittel hinter. Seine Fraktion erwartet eine praktikable Lösung und demzufolge eine Optimierung und Einsparung bei den Angeboten beider Gesellschaften.

Stadtrat Zander geht ebenfalls auf die rückläufigen Zahlen ein und das 2024 viel mehr Geld als die Jahre zuvor geflossen ist. Ein Vororttermin fand statt, mit dem Ergebnis, dass es keine Zusammenlegung AQB+GISE geben wird. Die Vor- und Nachteile hätten heute von der Verwaltung vorgelegt werden sollen. Stadtrat Zander weist auf die Tafelgärten und „1-EURO-Jobber“ hin.

Herr Giefers, sachk. Einwohner, sagt, dass eine Doppelstruktur da ist. Der Antrag ist ein Prüfantrag. Eine Prüfung hätte vor der Bestellung neuer Geschäftsführer erfolgen sollen. Das Konzept zur Umsetzung muss die Verwaltung vorlegen. Er empfiehlt, dass der Antrag bestehen bleibt, jedoch heute nicht abzustimmen ist.

Stadtrat Baum erfragt, wie man auf die Zahl 920.000 EURO kommt?

Stadtrat Dr. Wiebe antwortet, dass die Zahl aus der Verwaltung kommt und seine Fraktion die Zahl übernommen hat.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, erläutert, dass es im Rahmen der Haushaltsdiskussion die Orientierung an den Zahlen gab, die Zahlen entstammen aus den Haushaltsplänen.

Frau Schulz, Amtsleiterin Sozial- und Wohnungsamt, ergänzt, dass die Zahl sicherlich eine Summe aus dem Betriebskostenzuschuss und dem Verlustausgleich pro Gesellschaft darstellt.

Stadtrat Dr. Wiebe äußert schlussendlich, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht ausreichend qualifiziert ist und stellt den Antrag zurück.

Der Änderungsantrag DS0446/23/73 und die S0007/24 werden vertagt.

- 5.2. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘  
Vorlage: A0230/22
  - 5.2.1. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘  
Vorlage: A0230/22/1
  - 5.2.2. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘  
Vorlage: A0230/22/1/1
  - 5.2.3. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘  
Vorlage: S0053/23
  - 5.2.4. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘  
Vorlage: S0105/24
- 

Stadtrat Borowiak stellt den interfraktionellen Antrag A0230/22 vor. Er begründet den Antrag damit, dass Studierende der Sozialen Arbeit für ihre Pflichtpraktika keine Vergütung erhalten. Die Vergütung der Pflichtpraktika soll sich an der Ausbildungsvergütung anlehnen. Der Antrag wurde auch unter dem Aspekt der vielen freien Stellen im Sozial- und Wohnungsamt gestellt.

Stadtrat Dr. Wiebe ergänzt, dass dies eine sehr ausführliche Stellungnahme der Verwaltung sei, es wurden viele rechtliche Dinge benannt. Wenn die Verwaltung sagt, dass dies nicht geht, möchte die Verwaltung sagen, was ginge (Alternativen aufzeigen).

Frau Hoffmann, FB 01, bringt die Stellungnahmen ausführlich für die Verwaltung ein. Die Verwaltung begrüßt eine Vergütung im Rahmen der geringfügigen Beschäftigung und empfiehlt, dass diese Festlegungen für alle Studierenden Gültigkeit hat und keine Differenzierung vorgenommen wird. Die Summe, die hierfür erforderlich wäre, ist in der Stellungnahme benannt.

Stadtrat Dr. Wiebe sagt, hier kann eine Qualifizierung vorgenommen werden, indem die Verwaltung eine qualifizierte Drucksache dazu abgibt.

Herr Giefers, sachk. Einwohner, erläutert, dass es im sozialen Bereich eine Besonderheit gibt, nämlich die Zusammenarbeit mit den freien Trägern, es entsteht der Stadt kein Nachteil. Er empfiehlt den Antrag abzustimmen.

Stadtrat Zander wird dem Antrag nicht zustimmen. Er sieht hier eine Ungerechtigkeit, da nur eine Fachgruppe bezahlt wird und andere wiederum nicht.

Herr Reifgerste, sachk. Einwohner, führt aus, dass das Anerkennungssemester der Studierenden der Sozialen Arbeit über eine besonders lange Zeit stattfindet. Es entstehen erhebliche finanzielle Probleme für diese Studienrichtung. Er findet es angebracht, dem Antrag zuzustimmen. Alle anderen in der Berufsausbildung können BAföG beantragen.

Stadtrat Baum sagt, dass es auch Personen gibt, die kein BAföG erhalten. Wurde auch diese Situation besprochen?

Frau Hoffmann, FB 01, antwortet, dass im Rahmen der Diskussion der Fall nicht thematisiert wurde. Es soll eine Entlohnung und Entlastung der Studierenden erfolgen.

Herr Giefers, sachk. Einwohner, macht deutlich, dass dieses Pflichtpraktikum zweimal 20 Wochen in Vollzeit absolviert wird. Die Studierenden dürfen auch nicht dazu arbeiten aufgrund des Arbeitsschutzgesetzes. Es bestehen für diesen Personenkreis keine Ansparmöglichkeiten.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0230/22 zur Abstimmung.

Abstimmung: 4-1-1

Der A0230/22 wird empfohlen.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0230/22/1 zur Abstimmung.

Abstimmung: 4-1-1

Der A0230/22/1 wird empfohlen.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0230/22/1/1 zur Abstimmung.

Abstimmung: 3-2-1

Der A0230/22/1/1 wird empfohlen.

Die S0053/23 und S0105/24 wurden zur Kenntnis genommen.

- 5.3. Digitalisierung der Sozialberichterstattung  
Vorlage: A0012/24
  - 5.3.1. Digitalisierung der Sozialberichterstattung  
Vorlage: S0172/24
  - 5.3.2. Digitalisierung der Sozialberichterstattung  
Vorlage: A0012/24/1
- 

Stadtrat Borowiak teilt mit, dass im Nachgang der Einladung zur heutigen Sitzung der Änderungsantrag A0012/24/1 der SPD-Stadtratsfraktion eingegangen ist (die Stadträtinnen und Stadträte sind gesondert informiert wurden). Der A0012/24 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei zielt auf die Nutzung einer App analog des LK Pinneberg ab und der Änderungsantrag A0012/24/1 der SPD-Stadtratsfraktion bezieht sich auf das Portal des Amtes Statistik, Wahlen und Digitalisierung „KISS-MD“.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Herr Dr. Gottschalk führt aus, dass im letzten halben Jahr in Diskussionen ein politischer Diskurs entstanden ist und empfiehlt die App des LK Pinneberg, da zB. keine Entwicklungszeit notwendig wäre. Die App bietet eine adaptierte Lösung, die ab 2025 laufen würde. Es wäre eine einmalige fünfstellige Summe zu investieren und eine vierstellige Summe für die Lizenz. In dem Portal „KISS-MD“ gibt es ein Datenangebot (Excel), dies ist ein Selbstkonstrukt, wir hätten hier eine Entwicklungszeitraum (Geld-/Personaleinsatz, Zeitressourcen) und das Portal wäre sicherlich nicht kostenfrei.

Herr Dr. Gottschalk ergänzt, dass die App den Stadtteilreport ersetzen soll.

Stadtrat Dr. Wiebe merkt an, dass es formal gesehen auf den Änderungsantrag A0012/24/1, keine Stellungnahme der Verwaltung gibt. Diese hätte ggf. von Leuten, die das Portal „KISS-MD“ betreuen erfolgen können.

Stadtrat Baum fragt wegen der Lizenz nach und ob es sich um eine Open-Source oder Closed - Source Software handelt? Bekommen wir einen Quellcode?

Gemäß Herrn Dr. Gottschalk handelt es sich um keine Open-Source Software. Wir würden die Lizenzrechte übertragen bekommen. Bezüglich des Quellcode sagt er, dass dies verhandelt werden müsste.

Stadtrat Borowiak möchte gern wissen, ob die App aus Pinneberg zu 100 % an die Stadt angegliedert ist und ob andere Kommunen diese App nutzen?

Herr Dr. Gottschalk erläutert, dass es die App seit 2022 im Echtbetrieb gibt. Die App hat Alleinstellungsmerkmal für Pinneberg und die App können auch andere nutzen.

Herr Giefers, sachk. Einwohner, möchte wissen, ob auch andere die Software nutzen können?

Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass dies ein offener Zugang zu Daten ist, es wird eine Schnittstelle geben, um Daten aufzubereiten.

Stadtrat Dr. Wiebe nimmt zur Kenntnis, dass es zu dem Änderungsantrag keine Stellungnahme gibt. Es wäre wünschenswert eine Stellungnahme der Verwaltung bis zur Stadtratssitzung in 06/2024 zu erhalten.

Stadtrat Borowiak sagt, vielleicht wäre eine Information für den Ausschuss möglich.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0012/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 4-0-2

Der A0012/24 wird empfohlen.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0012/24/1 zur Abstimmung.

Abstimmung: 1-2-3

Der A0012/24/1 wird nicht empfohlen.

Die S0172/24 wurde zur Kenntnis genommen.

5.4. Trinkbrunnen-Kampagne zur EURO 2024

Vorlage: A0016/24

5.4.1. Trinkbrunnen-Kampagne zur EURO 2024

Vorlage: S0152/24

---

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0016/24 vor. Die Landeshauptstadt Magdeburg hatte sich beworben, bei der Verlosung war die Landeshauptstadt Magdeburg nicht unter den Gewinnern.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0016/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 2-2-2

Der A0016/24 wird nicht empfohlen.

Die S0152/24 wurde zur Kenntnis genommen.

5.5. Soziale Stadtentwicklung anpacken!

Vorlage: A0020/24

5.5.1. Soziale Stadtentwicklung anpacken!

Vorlage: S0100/24

---

Stadtrat Baum stellt den Antrag A0020/24 vor.

Herr Wöbse, Fachbereich 64/Stadtentwicklung, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ausführlich ein. Er geht auf die Grundstücksvorhaltepolitik der Stadt Ulm ein und stellt die LH Magdeburg der Stadt Ulm gegenüber. Herr Wöbse erläutert, dass in der LH Magdeburg die Lage ganz anderes als in der Stadt Ulm ist, so hat die LH Magdeburg zB. nicht so viele Flächen wie Ulm. Zudem haben wir eine schwierige Haushaltslage und der Effekt wäre in Magdeburg nicht so hoch, da sich in Magdeburg die Preise nicht wie in Süddeutschland gestalten. Machbar wäre es jedoch, aber es gestaltet sich nicht so einfach. Es müssten zB. Bedarfe und die Auswirkungen auf die freie Wirtschaft analysiert werden.

Stadtrat Dr. Wiebe würde dem Antrag nur zustimmen, wenn ein Gutachten inklusive Folgen für die LH Magdeburg vorliegt.

Herr Reifgerste, sachk. Einwohner, sagt, dass in den letzten Jahren sich die Baubranche gut entwickelt hat, warnt jedoch davor, private Investoren auszuklammern. In der LH Magdeburg besteht ein gutes Gefüge, was den Wohnraum gegenüber anderen Städten betrifft.

Stadtrat Baum geht auf die generelle Nutzung des Erstkaufrecht der Kommune ein.

Herr Wöbse, Fachbereich 64/Stadtentwicklung, erläutert, dass es ein Erstkaufrecht gibt, das die Stadt anwenden kann, wenn Flächen verkauft werden. Jedoch muss es eine klare Begründung geben.

Stadtrat Borowiak merkt an, dass eine Menge Geld vorgehalten werden muss.

Herr Wöbse, Fachbereich 64/Stadtentwicklung, macht noch einmal deutlich, dass das Erstkaufrecht natürlich geht, zB. Bau einer Schule auf städtebaulichen Grund. Schnelle Entscheidungswege werden seitens der Stadt begrüßt.

Stadtrat Baum geht auf die Mietpreise in der Stadt und deren Entwicklung ein.

Stadtrat Zander entgegnet, dass der Mietspiegel beschlossen wurde, es keine Probleme gibt. Die Investoren auf den Geländen Fahlberg-List und RAW bauen soziale Wohnungen, es wird bereits alles getan, was im Antrag steht.

Herr Giefers, sachk. Einwohner, räumt ein, dass Flächen für die soziale Nutzung vorgehalten werden sollten. Magdeburg ist eine Stadt der Genossenschaften, dies sollte gestärkt werden.

Herr Reifgerste, sachk. Einwohner, erläutert, dass der Stadtrat heute schon in die Planung des Städtebaus eingebunden wird. Auch ökologische Aspekte müssen berücksichtigt werden, was heute im politischen Prozess gängig ist.

Stadtrat Baum merkt abschließend an, dass durch den Zuzug durch die INTEL Ansiedlung, Wohnraum nicht von heute auf morgen entsteht. In bestimmten Stadtteilen der LH Magdeburg ist es bereits problematisch die Mieten zu bezahlen.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0020/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 1-4-1

Der A0020/24 wird nicht empfohlen.

Die S0100/24 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.6. Kurz- und mittelfristige Begegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Südost prüfen  
Vorlage: A0024/24
  - 5.6.1. Kurz- und mittelfristige Begegnungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren in Südost prüfen  
Vorlage: S0115/24
- 

Bei dem Antrag A0024/24 handelt es sich um einen Prüfauftrag.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0024/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 6-0-0

Der A0024/24 wird empfohlen.

Die S0115/24 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.7. Perspektivische Suche nach einem neuen Tierheimstandort  
Vorlage: A0026/24
  - 5.7.1. Perspektivische Suche nach einem neuen Tierheimstandort  
Vorlage: S0163/24
- 

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- 5.8. Nachhaltige Stadtentwicklung sicherstellen – Soziale  
Vorhalteplanung aufstellen  
Vorlage: A0030/24
  - 5.8.1. Nachhaltige Stadtentwicklung sicherstellen – Soziale  
Vorhalteplanung aufstellen  
Vorlage: S0101/24
- 

Stadtrat Dr. Wiebe stellt den Antrag A0030/24 vor.

Herr Wöbse, Fachbereich 64/Stadtentwicklung, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Für die Verwaltung gehört dies zum laufenden Geschäft, die Verwaltung macht sich Gedanken über Entwicklungen zB. Kita und bindet auch andere Bereiche wie zB. Dezernat V, FB Schule und Sport mit ein. Selbst durch die INTEL Ansiedlung wird die Bevölkerungsanzahl nicht steigen, sie wird nur nicht heruntergehen (es wird keinen extremen Aufwuchs geben). Aus Sicht der Verwaltung wird keine extra Vorhalteplanung benötigt.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, ergänzt, dass Gemeinbedarfsflächen gesichert werden (Flächen für Kitas, soziale Einrichtungen, etc).

Stadtrat Zander spricht sich gegen den Antrag aus, alles was im Antrag steht wird gemacht, die Stellungnahme der Verwaltung ist eindeutig.

Herr Reifgerste, sachk. Einwohner, spricht an, dass die LH Magdeburg Pflegeplätze vorhält und dies auch zukünftig macht. Auf dem RAW Gelände soll ein Krankenhaus erbaut werden, er sieht dies als Überangebot. Wenn zB. zu viele Anbieter kommen, kann zB. die WuP die Kapazitäten nicht ausschöpfen.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, erläutert, dass die Verwaltung seit Jahren den Pflegebericht (auch Prognosen) liefert. Die Kommunen sollen koordinieren. Die Planung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtung liegt in der Verantwortung des LSA, hier ist die LH Magdeburg nicht zuständig.

Stadtrat Borowiak stellt den Antrag A0030/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 3-1-2

Der A0030/24 wird empfohlen.

Die S0101/24 wurde zur Kenntnis genommen.

*Nach der Abstimmung (18:50 Uhr) verlassen Herr Stadtrat Boxhorn und Herr Stadtrat Dr. Wiebe die Sitzung.*

- 5.9. Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0053/23
  - 5.9.1. Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: S0074/24
  - 5.9.2. Verbesserung des Stadtteilreports der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: A0053/23/1
- 

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, bringt die Stellungnahme ausführlich für die Verwaltung ein.

Stadtrat Borowiak sagt, dass der Stadtteilreport mit der Pinneberger App aufgewertet wird. Besteht ein Nachteil, dies mit aufzunehmen?

Herr Dr. Gottschalk sagt, dass das Portal KISS-MD dem entgegensteht, es widerspricht sich.

Stadtrat Borowiak stellt den A0053/23 zur Abstimmung.

Abstimmung: 0-4-0

Der A0053/23 wird nicht empfohlen.

Stadtrat Borowiak stellt den A0053/23/1 zur Abstimmung.

Abstimmung: 0-3-1

Der A0053/23/1 wird nicht empfohlen.

Die S0074/24 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.10. Personelle Wiederbesetzung des Pflegeinformativbüros  
Vorlage: A0066/24
  - 5.10.1. Personelle Wiederbesetzung des Pflegeinformativbüros  
Vorlage: S0181/24
- 

Stadtrat Baum stellt den A0066/24 vor.

Frau Schulz, Amtsleiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Oberbürgermeisterin hat sich dem Antrag umgehend angenommen und die Stelle Pflegeberatung wurde am 01.03.2024 ausgeschrieben. Am 30.04.2024 findet die Mitbestimmung im Personalrat statt.

Stadtrat Borowiak stellt den A0066/24 zur Abstimmung.

Abstimmung: 3-0-1

Der A0066/24 wird empfohlen.

Die S0181/24 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.11. Auf sicheren Beinen – Errichtung eines Rollator-Aktiv-Pfades  
Vorlage: A0248/23
  - 5.11.1. Auf sicheren Beinen – Errichtung eines Rollator-Aktiv-Pfades  
Vorlage: S0581/23
- 

Frau Schwarz, V/02, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Die Verwaltung hält den Antrag für sinnvoll, da Menschen die auf einen Rollator angewiesen sind, Schwierigkeit im Umgang damit haben. Es sollte ein Tag eingerichtet werden bzw. Trainings auch zur Nutzung mit der Bahn. Die MVB bietet Mobilitätstrainings an, jedoch nicht zum „Nulltarif“. Die Verwaltung beabsichtigt hinsichtlich der Finanzierung, eine Beteiligung der Kranken- und Pflegekassen zu prüfen.

Stadträtin Schulz berichtet von einem Besuch durch die Verkehrswacht aus Harbke. Es könnte organisiert werden, dass die Verkehrswacht zB. im Frühjahr nach Reform kommt etc. Sie findet den Rollator-Aktiv-Pfad unnötig, der Pfad muss gepflegt werden, es entstehen Kosten. Sie empfiehlt die ambulante Variante, eine Anfrage der Verkehrswacht Harbke (auch gern über sie, Stadträtin Schulz würde den Kontakt herstellen).

Stadtrat Zander merkt an, dass es bei den Fahrern in Bus und Bahn Rampen gibt, zur Erleichterung des Ein- und Ausstieges. Zur Thematik „barrierefreie Haltestellen“ verweist er auf die zurückliegende Behandlung in den letzten Jahren.

Stadtrat Borowiak stellt den A0248/23 zur Abstimmung.  
Abstimmung: 0-4-0  
Der A0248/23 wird nicht empfohlen.

Die S0581/23 wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.12. Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen  
Vorlage: A0294/23
  - 5.12.1. Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen  
Vorlage: A0294/23/1
  - 5.12.2. Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen  
Vorlage: S0071/24
- 

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Hierbei geht Herr Dr. Gottschalk ausführlich auf die Maßnahmen ein, die der Prozessoptimierung dienen sollen, ein Beispiel ist die Aufgabenkritische Bewertung der Leitungsspannen.

Stadtrat Borowiak interessiert, wie lange die Bearbeitung von Wohngeld aktuell dauert.

Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass das Sozial- und Wohnungsamt aktuell 4 Monate im Rückstand ist (zuvor waren es 8 Monate). Das Ziel ist innerhalb von 6 bis 8 Wochen jedes Produkt abschließend zu bearbeiten und zu bescheiden. In der Ausschreibung befinden sich 21,5 VZÄ-Stellen, die umgehend besetzt werden müssen. Im Bereich Bildung- und Teilhabe liegt der aktuelle Bearbeitungsstand bei Mitte Januar 2024. Herr Dr. Gottschalk erhofft sich, Effekte bis Ende 2024 sehen zu können.

Stadträtin Schulz verlässt um 19:10 Uhr die Sitzung, somit ist der Ausschuss mit drei Stadträten nicht mehr abstimmungsfähig.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

## 6. Informationen

---

- 6.1. Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung - Bericht zum Stand der Umsetzung  
Vorlage: I0072/24
- 

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Dr. Gottschalk, bringt die Information für die Verwaltung ein. Die genehmigte Förderstelle zu dem ÖTHM-Projekt ist unbesetzt, eine Zusage liegt seit 1 Jahr vor, bisher jedoch keine Ausschreibung. An der Umsetzung der Maßnahmen wird intensiv gearbeitet und der Großteil der Maßnahmen befindet sich in der Umsetzung.

Stadtrat Borowiak möchte gern wissen, warum die Stelle nicht ausgeschrieben wurde.

Herr Dr. Gottschalk sagt, dass für Pflichtaufgaben wie zB. Hilfe zur Pflege und Wohngeld Vorrang besteht. Mit der Ausschreibung und Wiederbesetzung der ÖTHM-Stelle ist eine Fortführung des Projektes angedacht.

Stadtrat Borowiak und Herr Dr. Gottschalk legen fest, dass zur nächsten Sitzung bzw. zur letzten Sitzung der Legislaturperiode Herr Krug, Beigeordneter Dezernat I, eingeladen wird.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 7. Verschiedenes

---

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak  
Vorsitzender

Antje Thäder  
Schriftführerin